



Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates und der Ortschaftsräte,
Vertreterinnen und Vertreter aus Seniorenbeirat und Jugendgemeinderat,
Leiterinnen und Leiter der städtischen Ämter und GmbHs, Bürgerinnen, Bürger sowie
Vertreter der Öffentlichkeit,

über die feierliche Amtsverpflichtung vor einer Woche und die vielen guten Wünsche,
Grüße und vor allem den stilvollen Abend habe ich mich sehr gefreut. Vielen Dank
dafür.

Das passendste Geschenk mit Blick auf heute war – eine Glaskugel. Wie praktisch,
dachte ich, wird Sie mir doch gute Dienste bei der Vorbereitung des Haushaltes für das
Jahr 2020 leisten. Heute lege ich Ihnen den Entwurf des Haushaltsplanes vor. Doch ich
musste bei der Vorbereitung feststellen: Leider funktioniert die Kugel nicht. Sie ist zwar
schön anzuschauen und gibt interessante Einblicke. Wenn man aber genau hinschaut,
dann zeigt sie doch eher ein noch verzerrteres Bild als das, was man sich erhofft.
Also bleibt uns – und das ist auch gut so – nur der Blick auf die Fakten und das, was
wir daraus schließen können. Dies gepaart mit einer gehörigen Portion Hoffnung und
Zuversicht.

Sie haben richtig gehört, Hoffnung und Zuversicht. Ja, trotz eines stotternden
Konjunkturmotors und eines sinkenden Bruttoinlandproduktes, trotz Unsicherheiten aus
weltpolitischen Handelsstreitigkeiten oder nicht restlos abschätzbaren Brexitrisiken.
Doch wir müssen gar nicht in die Ferne schauen, auch in unserem direkten Umfeld gibt
es Entwicklungen, die nachdenklich stimmen könnten: Haushaltssperren in Bühl und
Gaggenau, Steuereinbruch in Rastatt. Und das alles, weil unsere hochgelobte
Automobilindustrie offensichtlich den Umstieg vom Verbrennungsmotor auf alternative
Antriebe verschlafen hat.

Situation 2019

Und bei uns in Ettlingen? Wir erleben Erstaunliches: Unsere Gewerbesteuer steigt und
wir sind aktuell für das Jahr 2019 mit ca. 41 Mio € mehr als 2,5 Millionen über unserem
Planansatz. Unsere FAG-Zahlen sind positiv und unsere Ausgaben unter den
angesetzten Werten. Wir dürfen also auch für den Abschluss des Jahres 2019 von
positiven Daten ausgehen.

Wir werden Minderausgaben und Mehreinnahmen haben und damit steigt unsere Liquidität, Verschuldung ist bei uns – zum Glück - sowieso derzeit kein Thema. Und weil sich das für 2020 auch andeutet, deswegen sind wir hoffnungsvoll und zuversichtlich unterwegs.

Alles gut also? Fast. Fast, weil die Abflüsse bei den Bauausgaben nach wie vor zu langsam sind, weil die Baufirmen die erteilten Aufträge nicht in der Geschwindigkeit abarbeiten können, wie wir das erwartet und bestellt haben. Und wenn Mittel abfließen, dann konjunkturbedingt oft mit Mehrausgaben. Nachher ist ja ein wesentlicher TOP dazu auf der Tagesordnung, der das leider allzu deutlich unterstreicht. Doch die steigenden Baukosten bewegen alle, denn erst vor einer Woche auf einer Tagung im Schloss unterstrich der Verband der Wohnungswirtschaft, dass es nun schon eine längere Zeit überall Kostensteigerung beim Bauen von monatlich 1% gibt, beim Tiefbau sogar noch mehr.

Hoffnung, Zuversicht, Sorge für 2020

Ich fürchte, das uns dieses Thema auch im Jahr 2020 begleiten wird. Doch wenn uns für den Haushalt 2020 etwas neben den Preissteigerungen Sorge macht, dann kommt das nicht aus den Unwägbarkeiten unserer eignen Projekte sondern auf Grund der übergeordneten finanziellen Rahmenbedingungen von Bund und Land. Und wenn ich das nun ein wenig deutlicher anspreche, dann kann ich heute niemanden schonen – weder die schwarz-roten Vertreter der Bundes noch die grün-schwarzen Vertreter in der Landespolitik.

Ignorante Rahmenbedingungen seitens Bund und Land

Lassen Sie mich dafür Beispiele nennen:

In Berlin und Stuttgart wird das neue Bundesteilhabegesetz – oder besser: das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen – als historischen Paradigmenwechsel gefeiert. Zu Recht: Im Sinne der Betroffenen ist das mehr als ein Quantensprung. Doch damit es umgesetzt werden kann, muss sich der Bund den Kommunen bedienen und diese im Rahmen der Konnexität mit den nötigen Mitteln ausrüsten. So weit so gut. Doch das Land bot den Kommunen zuletzt 15 Mio. € Kostenersatz an, womit noch nicht einmal die über die Fallzahlen hochzurechnenden Personalstellen finanziert werden können. Der KVFS geht von einem Personalkostenaufwand von 43 Mio. € aus. Wer kommt für das Delta auf? Die Kreishaushalte. Woher kommt deren Geld? Aus unserem Haushalt über die Umlage.

Ähnlich sieht es auf der Ebene des Kostenersatzes für Asylunterbringung aus. Hier werden dem Kreis nach wie vor nicht alle Aufwendungen gedeckt, offen ist die Kostentragung der Aufwendungen der geduldeten Flüchtlinge.

Heruntergebrochen bedeuten diese Konsequenzen aus Bundesteilhabegesetz und Asyl Mehrkosten in Höhe von ca. 6 Mio. Euro für den Landkreis Karlsruhe. Das bedeutet ca. 1 Punkt Kreisumlage und damit für uns eine Summe von knapp 700 T€, die unseren Haushalt zusätzlich belasten wird und auf die wir nicht vorbereitet wären, wenn der Landrat deswegen die Kosten umlegen muss. Dann rutschen wir ins Minus über Beschlüsse, die auf Bundes- und Landesebene gefasst wurden und durch die kommunale Familie umgesetzt werden müssen. Ob wir wollen oder nicht.

Es ist fatal, dass das Land vor diesem Hintergrund dem Parlament einen Haushalt vorschlägt, der die große Errungenschaft der Gemeinsame Finanzkommission (GFK) missachtet und dort nicht mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt wurde. Dabei ist das Grundprinzip der GFK die Sicherung der kommunale Selbstverwaltung und die Ausstattung der Kommunen mit den für die Aufgaben nötigen Finanzmittel. Eine solche ministeriale Ignoranz der kommunalen Finanzbedarfe hat es meines Wissens noch nie gegeben. Und damit ist das immer so hoch gehaltene Konnexitätsprinzip nicht mehr gewährleistet.

Ich sehe hier unsere Abgeordneten in Bund und Land in der Pflicht – und Sie, die Sie Zugang zu ihnen haben.

Denn die MdBs und MdLs sind nicht die verlängerten Arme der Ministerien, sondern in erster Linie dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden ihrer Wahlkreise verpflichtet - von denen sind sie gewählt, die haben sie zu vertreten.

Und womit ich mich dabei mit Antworten nicht abfertigen lasse sind Aussagen, wonach Bund und Land ja an anderer Stelle Förderprogramme auflegen oder aufstocken, denn das sind alles Mittel aus der kommunalen Investitionspauschale (KIP) und dem kommunalen Investitionsfonds (KIV). Sie stammen aus der Vorwegentnahme aus dem Finanztopf der Kommunen. Es ist also nichts Anderes als Umverteilung von ohnehin den Kommunen zustehendem Geld.

A propos Umverteilen: Im nächsten Jahr wird die EU ein neues EFRE-Förderprogramm auflegen. Millionen für die Kommunen für Projekte zur nachhaltigen Entwicklung. Gedacht war bisher daran, dass das Land dies mit 30% co-finanziert. Nun hört man aber aus den EFRE-Begleitausschüssen, dass es nur noch 10% sein sollen, weil mit den vorher entnommenen Geldern die Ministerien zuerst die Löcher in den eigenen Haushalten stopfen.

Was sehen wir? Beim Land ist die eigene schwarze Null offensichtlich so wichtig, dass die Konsequenzen daraus auf anderen Ebenen gar nicht betrachtet werden. Konsequenzen für die kommunalen Haushalte, für Projekte die dadurch nicht durchfinanziert sind, für Infrastruktur, die verfällt.

Dazu ein interessanter Aspekt im Ländervergleich: Im Finanzministerium ist man besonders stolz darauf, den Haushalt um 2 Mrd. € abgespeckt zu haben, um das zu schaffen.

In Bayern dagegen rühmt man sich, dass man künftig 2 Mio. mehr für Zins und Tilgung ausgeben wird, weil man Kredite aufnimmt. Es wird mehr Geld investiert, weil man sich zum Erhalt der Infrastruktur für die nachfolgenden Generationen verpflichtet sieht. Ein interessanter Ansatz und vernachlässigter Aspekt in der Diskussion um Generationengerechtigkeit.

Der fehlende Kommunalbezug der Finanzen aus Landessicht macht mir wirklich Sorgen, wenn ich in die Zukunft und auch nur auf 2020 blicke und ich räume der Klage darüber heute so viel Platz ein, weil ich genug von Kanzleitrösten habe, weil ich genug davon habe, dass wir als Kommunen, die letzten sind, die die Hunde beißen. Und weil ich genug davon habe, dass wir unsere Hausaufgaben machen, aber andere nicht.

Kraftakt der Aufstellung, Rahmendaten Ergebnishaushalt

Vor diesem Hintergrund ist es vielleicht nicht verwunderlich, dass die Aufstellung des Haushalts 2020 einmal mehr ein Kraftakt war, so gut das heute vorgelegte Ergebnis auch sein mag.

Doch wir hatten nicht nur mit den oben genannten Rahmendaten umzugehen. Wir mussten auch mit ordentlichen Kostensteigerungen planen, die wir teilweise selbst nicht zu verantworten haben: z.B. erhöhen sich die Personalkosten um etwa 1,8 Mio. € - überwiegend aufgrund von Tariflohnerhöhungen.

Dazu kommt die normale Preissteigerung im Rahmen der Sachkosten und des Bauunterhalts, die auch 1,2 Mio. € ausmachen.

Alles in allem ergeben sich so in Summe im Ergebnishaushalt Aufwendungen in Höhe von 128,59 Mio. € und Erträge in Höhe von 128,61 Mio. €. Der leicht positive Saldo zeigt, dass es uns dann doch wieder gelungen ist, den Haushalt nun schon im dritten Jahr hintereinander ausgeglichen einzubringen.

Dies verdanken wir größtenteils dem Umstand, dass der aktuelle Verlauf der Erträge aus der Gewerbesteuer in 2019 eine optimistische Erhöhung des Ansatzes in 2020 gerechtfertigt erscheinen lässt. So auch die aktuellen Vorzeichen – doch die erwähnte Glaskugel hat auch da keine sichere Auskunft gegeben.

Hoffen wir, dass es so kommt.

Wir brauchen das Geld, denn die in guten Zeiten kontinuierlich aufgebauten und dann auch weiter angehobenen Standards von Kommunalen Aufgaben haben bei uns ein sehr hohes Niveau im Bereich der Daseinsvorsorge erreicht.

Dazu kommt, dass auch Unvorhergesehenes und neue Schwerpunktthemen wie Klimaschutz, Digitalisierung und Wohnraumschaffung zu Recht mehr eigene Finanzierungsmittel benötigen werden. Wie diese auch künftig zur Verfügung gestellt werden können, ist eine noch nicht beantwortete Frage - vor allem noch nicht von denjenigen, die bisher Maßnahmen und v.a. deren Strategien in diesen Themenfeldern vor allem gefordert aber mit Vorschlägen zur Gegenfinanzierung noch nicht vorstellig wurden.

Finanzhaushalt

Im Finanzhaushalt liegt unserer Hauptinteressen bei den Bautätigkeiten, die mit 21 Mio. mehr als 2/3 des gesamten Ausgabevolumens einnehmen und nur unwesentlich höher sind als der Vorjahreswert.

Im Hochbau entfallen z.B. alleine für den Neubau der Halle Schöllbronn 3,5 Mio. €, den Neubau des Kindergartens an der Rastatter Straße 2,4 Mio. €, die Schulen 2,2 Mio. €, die Sanierung der Waldsaumhalle 1,0 Mio. € und 2,2 Mio. € auf den Umbau des Gebäudes Kirchenplatz 1-3. Daneben sind Mittel im Tiefbau z.B. für die Außenanlagen Albgaustadion mit 0,5 Mio. €, für Straßenbaumaßnahmen (inkl. Rad- und Gehwege) 1,7 Mio. € sowie für den Hochwasser- und Gewässerschutz 0,8 Mio. € vorgesehen.

Zusammen mit den im üblichen Rahmen liegenden Mittel für Zuschüsse oder den Grunderwerb entsteht ein Finanzierungsmittelbedarf in Höhe von 15,6 Mio. €. Zur Schließung dieser Lücke ist in 2020 ausreichend Liquidität vorhanden, Darlehensaufnahmen sind nicht nötig.

Schwerpunkte 2020

Dabei wird es in 2020 neben den Bauprojekten auch noch andere wichtige Schwerpunkte geben:

Da sind wichtige konzeptionelle Überlegungen, allen voran das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, kurz ISEK, das wir gleich zu Jahresbeginn starten wollen, um die nötige Klammer um unsere Aufgaben und Projekte zu bündeln und zu strukturieren. Weiterhin ist die Fortschreibung und Wiederauferstehung des Klimaschutzkonzeptes nötig. Und ich möchte, dass wir im Rahmen unserer Mobilitätsüberlegungen einen großen Schritt nach vorne machen! So viele Potentiale sind noch ungenutzt, z.B. zur Überbrückung der letzten Meile, bei Sharing-Angebote, beim Radverkehr.

Städtebaulich wird es wichtig sein, im Bereich Kaserne-Nord und dort speziell im Wettbewerb für den früher als geplant benötigten Kindergarten voranzukommen. Ob das auch bei dem Baugebiet der Langen Straße in Schluttenbach gelingt, was ja mit Erwartungen überfrachtet wird, das wage ich zu bezweifeln. Nur zum Vergleich: dort haben wir 15% Flächenanteile, in der Kaserne Nord 70%. Und wer bezahlt, bestimmt. Vor allem drohen wir dort in die zeitliche Falle zu rutschen, dass die beschleunigten Verfahren zu Bereitstellung von Bauland Ende des Jahres auslaufen und wir nun aber mit all den Forderungen nicht nur länger für die Vorbereitung, sondern vor allem auch für die Plandurchführung brauchen werden.

Schließlich stehen wir beim Rahmenplan für das Elba Areal vor einem Durchbruch zusammen mit der AVG. Dort sind immense Potentiale im Städtebau für Industrie, Gewerbe, Wohnen, für den Verkehr und für Logistiküberlegungen vorhanden. Von den Reaktivierungsvorteilen der Strecke Erbprinz-Ettlingen West, weswegen ich in 2 Wochen im Ministerium bin, und dem Freiziehen des AVG-Areals im Ferning ganz abgesehen. Wir erarbeiten den Rahmenplan und werden diesen alsbald vorlegen.

In 2020 wird auch der Bau an der Feuerwehr endlich starten, nachdem wir zum Jahresende mit dem Abbruch starten. Und wir werden die Raumplanung für die Verwaltungseinheiten im Roten Rathaus, in der Sparkasse und für die Bauhofverlagerung vorantreiben. Einen neuen Bauhof planen wir übrigens nicht um seiner selbst Willen, sondern weil am jetzigen Standort Wohnungen entstehen können und die Grundstücksaufwertung den neuen Bauhof gegenfinanzieren kann. Flankiert werden die Raumplanungen von unseren Überlegungen zur künftigen Ämterstruktur und deren Leitungsbesetzung, hier kommen wir noch im nächsten Gemeinderat mit einem Vorschlag zum Einvernehmen über die künftige Organisation.

Und 2020 wird ein spannendes Jahr in der Innenstadt sein, wo die Martinskirche saniert werden wird, der Neue Markt und die Sparkasse mit dem Umbau beginnt. Wie dabei das Marktfest 2020 – ausgerechnet im 40. Jubiläumjahr - stattfinden soll, wissen wir noch nicht genau, bereiten uns aber schon entsprechend vor.

Doch es wird nicht nur gebaut oder städtebauliche Strategien entwickelt. Auch im Bereich der Überlegungen „Älter werden in Ettlingen“ wird der Arbeitskreis, der vor einem knappen Jahr gestartet wurde, bald wichtige Impulse für die Zukunft liefern. Ich unterrichte Sie dann.

Eigenbetrieb Stadtentwässerung und Stiftungen

Zum Entwurf des städtischen Haushalts gesellen sich noch der Entwurf des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung und der Haushaltsplanentwurf der Vereinigten Stiftungen.

Der Haushalt der Vereinigten Stiftungen weist keine abweichenden Besonderheiten auf und kann Ihnen daher zur Beschlussfassung empfohlen werden.

Für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung wird Ihnen eine Neukalkulation vorgelegt, die wir im kommenden Verwaltungsausschuss ausführlich behandeln und vorberaten werden. Der Vorschlag lautet, die Schmutzwassergebühr und die Niederschlagswassergebühr auf dem Vorjahresniveau zu belassen und auch die Grundgebühren bei der Einleitung von Schmutzwasser nicht zu erhöhen. Aus den Vorjahren sind per Saldo Kostenüberdeckungen vorhanden, wodurch Gebührenerhöhungen nicht erforderlich sind.

Das aus den Vorjahren stammende Polster wird sich voraussichtlich auch auf das Jahr 2021 noch positiv auswirken. Ab 2022 muss jedoch mit Gebührenerhöhungen gerechnet werden, nachdem die Fortführung des Investitionsprogramms beim Klärwerk Karlsruhe noch hohe Investitionen berücksichtigt.

Der Wirtschaftsplan sieht in 2020 neue Darlehen in Höhe von rd. 1,9 Mio. € zur Ertüchtigung unseres Kanalnetzes vor. Im selben Jahr erfolgen Tilgungen von rund 1,2 Mio. €. Somit steigt der Schuldenstand um rund 704 T€.

Weiterer Ausblick

Und wie geht es insgesamt weiter? Noch ist es uns für 2020 gelungen, den Haushalt auszugleichen. Wie lange das durch kürzen, schieben und kleineres Streichen noch geht, ist ungewiss. Wir müssen uns klar sein, dass Kosmetik nicht dauerhaft die immer tiefer werdenden Falten überdeckt.

Vermutlich wird es bald Zeit für ein umfassendes Face-Lifting, also einen kräftigeren Eingriff, um die Dinge nachhaltig zu glätten. Wir haben dafür dann drei Möglichkeiten, nämlich Einnahmen steigern, Ausgaben senken oder beides.

Aber wie konkret? Sollen wir dafür künftig die Grundsteuer erhöhen – und damit 1000e von Mietern in Ettlingen in sowieso schon hohen Mietverhältnissen zusätzlich belasten und die Diskussion um bezahlbare Mieten belasten? Oder sollen wir die Gewerbesteuer erhöhen und damit den Betrieben, die derzeit gegen eine Rezession ankämpfen, das Leben zusätzlich erschweren - den Ast auf dem wir sitzen gewissermaßen ansägen? Oder auf der Ausgabenseite, wo sparen wir da?

Weniger Ausgaben für Kultur – aber dann nicht nur kleckerlesweise, sondern dann wirklich richtig mit Aufgabe von Aufgaben! Was darf es sein - SFS oder Pianistenwettbewerb? VHS oder Musikschule? Doch wir sollten nicht immer nur die Kultur drannehmen, wenn es ums Sparen geht, also, andere freiwillige Aufgaben: Wie wäre es mit einem zentralen Bürgeramt in der Stadt – und nicht noch 6 auf den Ortsteilen?

Keine Sorge, das alles ist definitiv nicht geplant. Ich traue mich ja nur, diesen Maßnahmenstrauß zu nennen, weil ich weiß, dass sich das niemand ernsthaft traut, anzugehen. Noch nicht. Denn das zu vermeiden wird unsere haushalterische Herausforderung in der Zukunft sein.

Denn den Personalbestand werden wir halten müssen, um die Aufgaben zu bewältigen, die vor uns stehen. Und einen gewissen Einnahmeüberschuss zu erwirtschaften, das wäre angebracht, um ebendiese Aufgaben zu finanzieren.

Zunächst liegt es nun an den Fraktionen und deren Forderungen, im Rahmen der Haushaltsdaten die Situation nicht noch mehr zu erschweren.

Und wir müssen uns im Klaren sein, dass ein Planungs- oder Rahmenbeschluss für eine Maßnahme wie beispielsweise für das effeff, die Nachnutzungen der LSBs oder den Standard bei diversen Hallenbauten gefasst werden - was dann aber nicht zwingend auch bedeutet, dass wir sofort anfangen. Es kann durchaus sein, dass wir beim Abarbeiten der Projekte und deren Eintaktung ebenso die personellen, finanziellen und konjunkturbedingten Rahmenbedingungen einkalkulieren werden.

Für wertvolle Erkenntnisse dazu wird auch das schon angesprochene ISEK sorgen müssen, auf deren Ergebnisse wir dringend angewiesen sind. Schade, dass wir durch das Hin und Her schon so viel Zeit verloren haben.

Schluss

Nun ist vor allem Sorgfalt bei der Diskussion und der folgenden Beratung und Verabschiedung durch den Gemeinderat nötig.

Ich bitte darum, den Haushalt wie gewohnt durchzusehen und uns Ihre Anträge bis zum 22.11. zukommen zu lassen. Wir brauchen vor der Beratung im VA am 04./05.12.2018 etwas Zeit, um Ihre Anträge zu bearbeiten.

Die Verwaltung steht den Fraktionen bei deren Fragen und Gesprächen gerne zur Verfügung. Dies v.a. in Person von Herrn Schlee und Frau Leßle, denen ich danken möchte für die Aufstellung dieses Entwurfs, ebenso wie Herrn Jung und den Leiterinnen und Leitern aller Ämter und Einrichtungen sowie des Eigenbetriebs. Sie alle haben zu diesem Werk beigetragen - pünktlich und fleißig – Vielen Dank dafür. Auch den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern danke ich für die Vorberatung.

In der kommenden Haushaltsdiskussion werbe ich dafür, dass wir uns weiterhin gemeinsam anstrengen, dass im Diskurs zu Entscheidungen die Argumente und Fakten mehr Bedeutung haben als Eigeninteresse.

Dass das demokratieprägende Wir über dem nutzenmaximierenden Ich Einzelner auch hier im Gremium steht. Dass der Gemeinsinn vor Individualisierungsstreben unser solidarische Gesamtsystem zusammenhält.

Denn das hat Ettlingen bisher auch stark gemacht. Das hat Ettlingen zu dem gemacht, was es als Stadt heute ist. Ettlingen war und ist attraktiv, innovativ, impulsgebend, vorbildlich, kräftig. Und dieser Haushalt knüpft daran an. Aber gerade wir in Ettlingen haben die besten Voraussetzungen, das auch gut hinzubekommen, um so den Ettlinger Weg einer Stadt in Prosperität, Frieden und Vorbild über dem Mittelmaß weiterführen zu können. Ich jedenfalls bin dazu bereit und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen.

Ihnen allen danke ich nun für Ihre Aufmerksamkeit bei dieser Rede zur Einbringung des Haushaltes 2020. Uns allen wünsche ich aktuell und besonders: Gottes Segen für unsere Arbeit in Ettlingen!